

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

5. August 2013

Afghanistan

Zahl der Konfliktopfer gestiegen

Die United Nations Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA) veröffentlichte am 31.07.13 den Halbjahresbericht 2013 zu zivilen Opfern des Konflikts. Hiernach war die Zahl der zivilen Opfer in den ersten sechs Monaten des Jahres um 23 % höher als im ersten Halbjahr 2012. Dem Bericht zufolge wurden 1.319 Zivilpersonen getötet und 2.533 verletzt. Im vergangenen Jahr war die Zahl ziviler Opfer erstmals seit Jahren zurückgegangen, wobei sich allerdings im zweiten Halbjahr 2012 bereits eine Verschlechterung der Sicherheitslage andeutete. Wie in den vorhergegangenen Jahren waren auch in den beiden ersten Quartalen 2013 die Aufständischen für den größten Teil der Opfer – 74 % – verantwortlich. Dabei verursachten sie die meisten Schäden durch improvisierte Sprengfallen. Die zweithöchste Zahl an zivilen Todesopfern war auf verstärkte Bodenkämpfe zwischen Aufständischen und afghanischen Sicherheitskräften zurückzuführen.

Sicherheitslage

Auch in der vergangenen Woche gab es zahlreiche Kampfhandlungen und Anschläge mit zivilen Opfern. So sollen bei Luftangriffen am 29. und 30.07.13 in den ostafghanischen Provinzen Logar, Kunar und Paktia mindestens 80 Menschen, vermutlich überwiegend Taliban, getötet worden sein.

Am 01.08.13 griffen Taliban einen Polizeiposten im Distrikt Batikot der ostafghanischen Provinz Nangahar an. Bei dem Gefecht kamen vier Polizisten und mehrere Taliban-Kämpfer ums Leben.

Bei weiteren Kämpfen am 02.08.13 in der östlichen Provinz Nangahar (Distrikt Shersad) wurden 60 Taliban und 22 Polizisten getötet. Die Taliban hatten einen Konvoi überfallen, der auf dem Rückweg von einem Einsatz war, bei dem 16 Taliban getötet wurden.

Ebenfalls am 02.08.13 starben in der südafghanischen Provinz Kandahar bei einem Bombenanschlag mindestens sieben Mitglieder einer Familie, drei wurden verletzt. Die Gruppe war auf dem Weg zu einer Hochzeit.

Am 03.08.13 wurden bei einem Selbstmordanschlag auf das indische Konsulat in der ostafghanischen Stadt Jalalabad (Provinz Nangarhar) acht Kinder und ein erwachsener Zivilist in einer Moschee in der Nähe getötet. 22 Personen erlitten Verletzungen. Die Taliban wiesen die Verantwortung zurück. In Kabul war die indische Botschaft schon mehrfach Ziel von Selbstmordanschlägen.

Tote bei Überschwemmungen

In den ostafghanischen Provinzen Kabul, Wardak und Khost starben am 03.08.13 mindestens 61 Menschen bei Überschwemmungen.

Pakistan

Neuer Präsident

Am 30.07.13 wurde der Unternehmer Mamnoon Hussain zum neuen Präsidenten gewählt. Er ist Mitglied der regierenden Muslim League und gilt als enger Vertrauter von Premierminister Nawaz Scharif.

Taliban befreien Gefangene

Am 30.07.13 überfielen Taliban ein Gefängnis in der Stadt Dera Ismail Khan (Provinz Khyber Pakhtunkhwa, Nordwestpakistan) und befreiten über 250 Häftlinge. Mindestens 14 Menschen wurden bei dem Überfall getötet.

Irak

Zahl der Todesopfer im Juli auf Rekordhöhe

Nach Angaben der UN starben 1.057 Personen allein im Juli 2013 durch Gewaltakte, 2.326 wurden verletzt. Unter den Toten befinden sich 129 Angehörige der Sicherheitskräfte und 928 Zivilisten. Bei 204 der zivilen Opfer handelt es sich um Angehörige der Polizei, die außerhalb der Dienstzeit getötet wurden. Die meisten Vorfälle ereigneten sich in Bagdad, gefolgt von den Provinzen Salahaddin, Ninive, Diyala und Kirkuk.

Weitere sicherheitsrelevante Ereignisse

Am 29.07.13 starben bei einer Anschlagsserie mehr als 86 Menschen. In hauptsächlich von Schiiten bewohnten Gebieten der Hauptstadt Bagdad und im Südirak (Kut und Basra) waren insgesamt 14 Autobomben explodiert. Nach irakischen Pressemeldungen bekannte sich die al-Qaida zugehörige Gruppe „Islamischer Staat im Irak und Syrien“ zur Anschlagsserie. Es handele sich um den Anfang einer neuen Offensive namens „Hasaad Al-Ajnad“ – Ernte von Soldaten –, die sich besonders gegen Sicherheitskräfte richten soll.

Am 30.07.13 starben bei Anschlägen u.a. in Bagdad, Tuz Khormato, Kut, Mosul, Kirkuk und Tikrit mindestens 33 Menschen, 73 wurden verletzt.

Am 31.07.13 kamen durch Anschläge u.a. in Bagdad, Tuz Khormato, Mosul, Hawija und Tikrit mindestens 49 Menschen um, 83 erlitten Verletzungen.

Am 01.08.13 wurden bei Anschlägen u.a. in Bagdad, Samarra, Falluja und Muqadadiya 21 Menschen getötet und 30 verletzt.

Am 02.08.13 kamen mindestens 23 Menschen ums Leben, mehr als zwölf wurden verletzt.

Am 03.08.13 starben bei Anschlägen u.a. in Adhaim, Baquba, Mosul, Tikrit und Bagdad 58 Menschen, es gab 29 Verletzte.

Am 04.08.13 starben bei Anschlägen u.a. in Kirkuk, Bagdad, Mosul und Tikrit mindestens 19 Menschen, mehr als 28 wurden verletzt. Unter den Opfern war ein Richter, der durch eine Autobombe getötet wurde.

Entflohene Häftlinge möglicherweise in Syrien

Nach einer Meldung der irakischen Zeitung Al-Sharq Al-Awsat sollen die wichtigsten beim Gefängnisausbruch vom 19./20.07.13 freigekommenen al-Qaida-Führer (vgl. BN v. 29.07.13) nach Syrien entkommen sein.

Syrien

Homs

Bei der Explosion eines Munitionslagers regierungstreuer Milizen im Südosten von Homs (Stadtteil Al-Nosha) wurden am 01.08.13 mindestens 40 Menschen getötet und 120 verletzt. Das Depot in dem von Regierungstruppen gehaltenen Bezirk Wadi al-Sahab wurde zuvor mit Raketen beschossen worden, vermutlich von Rebellen. In dem Viertel leben vor allem Alawiten.

Am 29.07.13 meldeten die Staatsmedien die Einnahme des strategisch wichtigen Stadtteils Chaldijeh.

Am 30.07.13 wurden durch Artilleriebeschuss in der Vorstadt Dablan mindestens zwölf Zivilisten getötet, mehr als 30 Menschen wurden verletzt.

Kurdischer Politiker getötet

Im syrischen Grenzgebiet zur Türkei ist Isa Huso, prominentes Mitglied des Obersten Kurdischen Rates, eines Dachverbandes kurdischer Parteien in Syrien, bei einem Autobombenanschlag getötet worden.

Luftangriff der syrischen Armee im Libanon

Die syrische Luftwaffe hat bei einem grenznahen Angriff im Libanon nahe der Ortschaft Arsal am 03.08.13 mindestens neun Menschen getötet. Es war der schwerwiegendste Militärschlag der syrischen Armee im

Nachbarland seit Beginn des Aufstandes vor zweieinhalb Jahren. Bei den Toten handelt es sich nach Angaben der staatlichen libanesischen Nachrichtenagentur NNA um syrische Flüchtlinge.

Rebellenregierung noch im August

Die syrische Opposition will in der zweiten Augushälfte eine Übergangsregierung bilden. Als Ministerpräsident kämen mehrere Kandidaten in Frage. Man werde einen im Konsens berufen oder wählen, sagte der Präsident der Syrischen Nationalen Koalition, Ahmed Dscharba, am 30.07.13 in Doha. Seit dem Beginn des Bürgerkrieges versuchen die Gegner von Machthaber Baschar al-Assad vergeblich, eine gemeinsame politische Front zu bilden. Der letzte Versuch zur Bildung einer Übergangsregierung war erst kürzlich nach viermonatigen Verhandlungen gescheitert.

Türkei hindert Grenzübertritt

Türkische Soldaten haben am 30.07.13 mit Warnschüssen und Tränengas hunderte Menschen aus Syrien unweit der Stadt Ogulpinar daran gehindert einzureisen. Bei vielen handele es sich um Schmuggler, teilte das türkische Militär mit.

UNO einigt sich mit Syrien auf C-Waffen-Untersuchung

Die Vereinten Nationen haben sich mit der syrischen Regierung auf eine Untersuchung zum mutmaßlichen Einsatz von Chemiewaffen geeinigt. Die Mission werde „sobald wie möglich“ beginnen, sagte ein UN-Sprecher am 01.08.13. Unter anderem müssten noch rechtliche und organisatorische Fragen geklärt werden. Geplant seien Besuche in Chan al-Assal sowie in Atajbah und Homs, wo Chemiewaffen eingesetzt worden sein sollen. Die UNO hat nach eigenen Angaben insgesamt 13 Berichte über einen mutmaßlichen Einsatz von Sarin und anderen chemischen Kampfstoffen erhalten.

Iran

Hassan Rohani als neuer Präsident vereidigt

Der Kleriker Hassan Rohani ist am 04.08.13 als neuer iranischer Präsident vereidigt worden. Zum ersten Mal nach der islamischen Revolution 1979 nahmen auch ausländische Gäste an der Zeremonie im iranischen Parlament teil. Rohani nominierte als erste Amtshandlung Mohammad Jwaad Sarif als neuen Außenminister. Der 53-jährige war von 2002 bis 2007 iranischer UN-Botschafter in New York, davor zehn Jahre lang Vizeaußenminister. Sarif gilt als ein moderater Technokrat. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den USA nach 34 Jahren Unterbrechung ist eines der Ziele des neuen Präsidenten. Rohani kündigte an, er werde sich um die täglichen Nöte der Iraner kümmern, aber auch das Ansehen des Landes auf der internationalen Bühne mehren und auf die Aufhebung der UN-Sanktionen hinarbeiten.

Israel/Westjordanland

Israel will palästinensische Gefangene freilassen

Vor den nächsten Nahost-Gesprächen mit den Palästinensern will Israel in einem ersten Schritt 26 palästinensische Häftlinge freilassen. Der israelische Rundfunk meldete am 04.08.13, es handle sich um die erste Gruppe von insgesamt 104 Langzeithäftlingen. Das Zugeständnis soll die Aufnahme der ersten Friedensgespräche seit fast drei Jahren ermöglichen. Die Freilassung sei noch vor dem Treffen zwischen der israelischen Verhandlungsführerin Zipi Livni und dem palästinensischen Unterhändler Saeb Erekat in etwa zehn Tagen geplant. Die beiden hatten sich am 30.07.13 zu ersten Gesprächen in Washington getroffen. Ziel ihrer Kontakte ist eine Einigung auf eine Zwei-Staaten-Lösung binnen neun Monaten. Bei den Verhandlungen sollen alle Kernprobleme im Nahost-Konflikt besprochen werden. Dazu gehören die Grenzziehung, die Zukunft Jerusalems sowie das Schicksal von 5,3 Millionen registrierten palästinensischen Flüchtlingen und Sicherheitsgarantien für Israel.

Proteste gegen Umsiedlungspläne für Beduinen

Zu scharfen Protesten hat der Plan der israelischen Regierung geführt, zehntausende Beduinen in der Negev-Wüste in „anerkannte Siedlungen“ umzusiedeln und insgesamt 40 Dörfer zu zerstören. Hunderte Demonstranten, darunter arabische und jüdische Israelis, protestierten am 01.08.13 an einer Autobahn nahe der Stadt

Beersheba, die als „Hauptstadt der Wüste Negev“ gilt. Der Umsiedlungsplan der israelischen Regierung basiert auf dem sog. Prawer-Begin-Gesetz, das eine Umsiedlung von 30.000 bis 40.000 Beduinen und die Beschlagnahme von 70.000 Hektar Land vorsieht. Die Regierung von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hatte den Entwurf im Januar verabschiedet, und im Juni passierte er in erster Lesung das Parlament. Zwei weitere Abstimmungen werden erwartet, bevor er umgesetzt werden könnte. Scharfer Protest kommt auch von den UN. Deren Menschenrechtsbeauftragte, Navi Pillay, rief die Regierung vergangene Woche auf, ihre Pläne zurückzunehmen, weil dadurch die Gemeinschaften der Beduinen zerstört würden. In Israel leben rd. 260.000 Beduinen, die Hälfte von ihnen in nicht behördlich registrierten Dörfern unter ärmsten Lebensbedingungen ohne Kanalisation oder sanitäre Einrichtungen.

Tunesien

Demonstrationen für und gegen die Regierung

Anhänger und Gegner der tunesischen Regierung haben in der Nacht zum 04.08.13 erneut zu Zehntausenden demonstriert. Unterstützer der islamistischen Regierungspartei Ennahda versammelten sich in der Hauptstadt Tunis auf dem Kasbah-Platz (Regierungssitz). Wie ein Korrespondent der Nachrichtenagentur AFP weiter berichtete, verlief die Demonstration friedlich. Es war der bisher größte von der Ennahda organisierte Protest seit Beginn der politischen Krise. Unweit vom Kasbah-Platz demonstrierten tausende Oppositionsanhänger und forderten die Auflösung des Parlaments sowie den Rücktritt der Regierung. Auslöser ist die Ermordung des Oppositionspolitikers Muhammad Brahimi (vgl. BN v. 29.07.13). Das Kabinett beschloss vorgezogene Neuwahlen, um das Land aus der Krise zu führen. Sie sollen am 17.12.13 stattfinden. Zugleich schloss Ministerpräsident Ali Larayedh einen vorzeitigen Rücktritt aus.

Ägypten

Zahlreiche Tote bei Demonstrationen

Bei Zusammenstößen zwischen Anhängern des gestürzten Präsidenten Mursi und Sicherheitskräften wurden in der Nacht zum 03.08.13 in Kairo mehr als 20 Demonstranten verletzt.

Am 03.08.13 forderte die Übergangsregierung von den Anhängern Mursis, binnen 48 Stunden zwei im Juli errichtete Protestlager zu räumen. Andernfalls würden die Sicherheitskräfte einschreiten. Beobachter befürchteten im Fall einer Zwangsräumung der Lager erneute Gewaltausbrüche.

Nach Gesprächen der verfeindeten Seiten mit dem stellvertretenden Außenminister der USA, William Burns, zeichnete sich am 04.08.13 eine leichte Entspannung ab. Die Unterstützer Mursis signalisierten Kompromissbereitschaft und erklärten sich zu Verhandlungen mit der Nationalen Heilsfront, dem Zusammenschluss der säkularen Parteien der Übergangsregierung, einverstanden. Zudem wollen sie nicht mehr die Wiedereinsetzung Mursis als Präsident fordern. Allerdings müsse die Verfassung wieder in Kraft gesetzt werden und Armeechef al-Sisi dürfe nicht an den Verhandlungen beteiligt werden. Im Gegenzug verzichtet die Übergangsregierung auf die Zwangsräumung der Protestlager. Sie will diese lediglich blockieren. Den Protestierenden sicherte sie freies Geleit zu.

In einer am 03.08.13 über das Internet verbreiteten Botschaft forderte der Führer der al-Qaida, Ayman al-Zawahari, von den Islamisten Ägyptens eine Abwendung von der Demokratie und die Einsetzung einer Regierung auf der Basis der Scharia.

Russische Föderation

Anschläge auf Geistliche in Dagestan

Am 03.08.13 schossen in Machatschkala, Hauptstadt der russischen Kaukasusrepublik Dagestan, zwei Unbekannte auf das Auto des muslimischen Geistlichen Ilyas Ilyasov. Bei dem Anschlag wurde der Imam getötet und sein Fahrer schwer verletzt. Der Imam stand als Vertreter eines gemäßigten Islams in Opposition zu den Salafisten, die seit einigen Jahren zunehmend Anhänger gewinnen.

Der Anschlag auf Ilyasov ist der dritte auf einen Geistlichen in diesem Jahr. So war in der Nacht zum 25.07.13 von Unbekannten auf den Rabbiner der Synagoge der Stadt Derbent geschossen worden, als er aus seinem Auto stieg. Er erlitt eine Schusswunde. Am 03.03.13 war in dem Dorf Gubden ein Imam in seinem

Haus erschossen worden. 2012 wurden in Dagestan acht muslimische Geistliche, darunter der einflussreichste Sufi-Scheich, Said Afandi, bei Attentaten getötet.

Nigeria

Bombenexplosionen in Kano

Am 29.07.13 detonierten gegen 21 Uhr im mehrheitlich christlichen Stadtteil Sabon Gari der zweitgrößten nigerianischen Stadt Kano (nördlicher Bundesstaat Kano) mehrere Sprengsätze in einem beliebten Ausgehviertel. Hierbei sollen laut Angaben der Sicherheitskräfte zwölf, nach Angaben eines Krankenhaussprechers 24 und nach Angaben der sozio-kulturellen Organisation „Ohanaeze Ndigbo“ der christlichen Ethnie der Igbo 45 Personen getötet worden sein. Für den Anschlag wird die islamistische Terrororganisation Boko Haram verantwortlich gemacht.

DR Kongo

Nord-Kivu: Ultimatum der MONUSCO an Rebellen im Gebiet Goma/Sake

Die UN-Friedensmission in der DR Kongo (MONUSCO) hatte am 30.07.13 allen bewaffneten Personen in Goma (Hauptstadt der ostkongolesischen Provinz Nord-Kivu) sowie im Gebiet nördlich davon (bis einschließlich der Stadt Sake etwa 25 km west-nordwestlich) ein 48-stündiges Ultimatum bis 01.08.13 gestellt. Bis dahin sollten sie ihre Waffen in einem MONUSCO-Lager abgeben und sich dem Entwaffnungs- und Demobilisationsprozess anschließen. Nach Fristablauf gelten alle Personen, die keine Soldaten sind und Waffen tragen, als Rebellen. Die MONUSCO einschließlich der neu aufgestellten Interventionsbrigade werde dann alle erforderlichen Maßnahmen zur Entwaffnung ergreifen. Dies schließt Gewaltanwendung ein. Mit der Errichtung dieser Sicherheitszone reagierte die MONUSCO auf die Angriffe der M23-Rebellen seit Mai (zuletzt am 14.07.13) auf Stellungen der Regierungsarmee.

Simbabwe

Mugabe Sieger der Präsidentschaftswahlen

Laut dem am 03.08.13 von der nationalen Wahlkommission verkündeten Ergebnis der Präsidentschaftswahl vom 01.08.13 hat der 89-jährige Robert Mugabe, der Simbabwe seit 33 Jahren regiert, 61 % der Stimmen erhalten. Auf seinen Herausforderer Morgan Tsvangirai entfielen 34 %.

Bei den Parlamentswahlen am selben Tag errang Mugabes Partei ZANU-PF („Zimbabwe African National Union – Patriotic Front“) 158 Sitze und damit eine Zwei-Drittel-Mehrheit, während Tsvangirais Partei MDC („Movement for Democratic Change“) 49 Sitze erhielt. Mit der Zwei-Drittel-Parlamentsmehrheit kann die ZANU-PF künftig Verfassungsänderungen durchsetzen. Am 03.08.13 erklärte die MDC, das Wahlergebnis nicht anzuerkennen. Tsvangirai kündigte inzwischen eine Anfechtung der Wahlergebnisse vor Gericht an. Offizielle Wahlbeobachter der Afrikanischen Union (AU) und der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC) beschrieben die Wahlen als „frei und friedlich“. Die Wahlbeobachtergruppe „Zimbabwe Election Support Network“ (ZESN), die mit 7.000 Personen die meisten Wahlbeobachter stellte, kritisierte, dass aufgrund von Problemen bei der Wählerregistrierung bis zu eine Million Menschen vor allem in städtischen Gebieten, den Hochburgen Tsvangirais, nicht wählen konnten. Nach Ansicht von US-Außenminister Kerry ist der Wahlausgang in Simbabwe „Höhepunkt eines zutiefst fragwürdigen Prozesses“.

Sudan

Mehr als 100 Tote bei Stammeskämpfen in Darfur

Nach Angaben eines Stammesführers der Misserija vom 30.08.13 sollen bei Kämpfen zwischen den arabischen Ethnien Misserija und Salamat in Westdarfur ca. 130 Menschen ums Leben gekommen sein.

In Darfur vertrieben Stammeskämpfe in den ersten fünf Monaten dieses Jahres ca. 300.000 Menschen aus ihren Orten. Nach Angaben der Friedensmission der UN und der Afrikanischen Union in Darfur (UNAMID)

flohen damit im Jahr 2013 schon bisher mehr Menschen vor gewalttätigen Auseinandersetzungen als in den vergangenen beiden Jahren zusammen.

Eritrea

Sicherheitskräfte sollen desertierende Soldaten erschossen haben

Mitglieder der Eritrean National Security sollen 80 eritreische Marinesoldaten beim Versuch, mit Schnellbooten in das benachbarte Jemen zu flüchten, erschossen haben. Das berichtet die Red Sea Afar Democratic Organization (RSADO), eine eritreische Rebellenorganisation, die von Äthiopien aus operiert. Der Vorfall hätte sich in der Nähe von Bardoli, im Süden der Region Northern Red Sea, ereignet. Die getöteten Soldaten sollen alle der Ethnie der Afar angehören. Afar behaupten, wiederholt Opfer von staatlicher Verfolgung zu werden, weshalb RSADO den Sicherheitskräften auch einen „politisch motivierten Massenmord“ vorwirft.

Bereits mehrfach sind eritreische Marinesoldaten in den Jemen geflüchtet. Die Regierung versucht Desertion mit allen Mitteln zu verhindern. Nach Angaben verschiedener Menschenrechtsorganisationen soll es dabei auch zu Exekutionen kommen („shoot to kill“-Befehl).

Mali

Stichwahl um Präsidentenamt

Bei der Präsidentenwahl am 28.07.13 hat kein Kandidat die absolute Mehrheit erzielt. Die meisten Stimmen, 39,2 %, erhielt der ehemalige Ministerpräsident Ibrahim Boubacar Keita. Der ehemalige Finanzminister Soumalia Cissé erreichte 19,4 %. Die Wahlbeteiligung soll bei 51,5 % gelegen haben. Beobachter sprechen von einem friedlichen Wahlverlauf. Am 11.08.13 ist eine Stichwahl zwischen Keita und Cissé vorgesehen.

Uganda

LRA geschwächt

Nach einem Bericht soll die ugandische Rebellenorganisation „Lord’s Resistance Army“ (LRA) stark geschwächt sein. Ihr sollen im Mai 2013 nur noch knapp 250 Kämpfer angehört haben, darunter bis zu 200 Ugander. Die Mehrheit der LRA-Mitglieder sei zwangsrekrutiert worden und wolle die Gruppe verlassen, die sich über mehrere Verstecke verstreut in der Zentralafrikanischen Republik, in der Demokratischen Republik Kongo sowie in der Kafia Kingi Enklave (ein zwischen Sudan und Südsudan umstrittenes Gebiet) aufhalte.

Bangladesch

Tote bei Unruhen

Human Rights Watch veröffentlichte am 01.08.13 einen Bericht über die Unruhen anlässlich der Kriegsverbrecherprozesse, mit denen die Verbrechen im Unabhängigkeitskrieg von 1971 aufgearbeitet werden sollen. Danach kamen seit Februar dieses Jahres 150 Menschen bei Straßenschlachten und extralegalen Tötungen ums Leben. Die Polizei sei äußerst hart gegen Demonstranten vorgegangen. Angeklagt sind viele führende Mitglieder der islamistischen Partei Jamaat-e-Islami. Einige wurden bereits verurteilt; so wurde u.a. der stellvertretende Vorsitzende der Jamaat-e-Islami, Delwar Hossain Sayedee, im Februar zum Tode verurteilt.

Jamaat-e-Islami von Wahl ausgeschlossen

Der Oberste Gerichtshof von Bangladesch entschied am 01.08.13, dass die Partei Jamaat-e-Islami keine Kandidaten für die Wahlen im kommenden Jahr aufstellen dürfe. Die Partei verstoße gegen die Verfassung, weil sie die Unabhängigkeit des Landes ablehne und einen islamischen Gottesstaat errichten wolle.